schweren Fällen auf 60, 70 und 80 Mark pro Tag. Die Rangierprämien und die Aufwandsentschädigungen des Zugpersonals werden, soweit die Voraussetzungen für die besondere Zulage vorliegen, auf die gleichen Sätze gebracht. Die vorliegende Maßnahme steht mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszulagen in keinem Zusammenhang.

Deutsche Hochschule für Politik.

Die Deutsche Hochschule für Politik hat in den zwei Jahren ihrer bisherigen Tätigkeit eine solche Entwicklung genommen, daß sie nunmehr den von Anfang an verfolgten Plan verwirklichen kann: ein hauptamtliches Lehrkollegium von Persönlichkeiten der wissenschaftlichen Forschung und der politischen Erfahrung als Kern für Tradition und Methode zu schaffen, und zwar in einer Arbeitsgemeinschaft „von Hoetzsch bis Hilferding." In dieses Kollegium haben jetzt einen Ruf angenommen: von der Berliner Universität Prof. Dr. Hoetzsch (Deutschnational) und von der Handelshochschule Prof. Dr. Bonn hauptnebenamtlich, sowie Dr. Theodor Heuß und Dr. Rudolf Hilferding (U.-Soz.) hauptamtlich. Auch Reichsjustizminister a. D. Heinze (Vp.) hat zunächst Übungen übernommen. Weitere Verhandlungen schweben.

Tschecho-Slowakei.

× **Tagung der zweiten Internationale.** Das Präsidium der 2. Internationale, das in Prag unter dem Vorsitz von Henderson über die Einberufung des nächsten Weltkongresses der sozialistischen Arbeiterschaft verhandelt, hat beschlossen, daß die Konferenz der 2. Internationale, die Anfang Oktober in Hamburg stattfinden sollte, vertagt wird, damit in nächster Zeit ein Weltkongreß auf breitester Grundlage durch Hinzuziehung der drei Internationalen einberufen werden kann. Ferner wurde beschlossen, mit der kommunistischen Partei in keiner Weise zu verhandeln, nachdem diese Partei sich durch ihr ganzes Auftreten außerhalb der Sozialdemokratie gestellt habe. Weiter wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, darunter in erster Linie ein Protest des Internationalen Sozialistischen Bureaus gegen die Moskauer Urteile.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Oberkommission der Alliierten in Konstantinopel macht durch das Berner Internationale Bureau erneut darauf aufmerksam, daß Privat- und Handelstelegramme aus Deutschland nach der Türkei nicht zugelassen sind.

Berlin. Die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen hat dem deutschen Gesandten in Bern die Würde eines Dokto der Staatswissenschaft h.c. verliehen.

London. Die Blätter melden, daß das amerikanische Hilfswerk in Rußland während des kommenden Winters fortgesetzt werden, daß es sich jedoch auf Kinder und Kranke beschränken wird.

London. Der Vorsitzende des irischen Parlaments Arthur Griffith ist plötzlich gestorben.

Lissabon. Wenn auch der Streik im Abflauen ist, so wurden doch noch mehrere Bomben geworfen, die aber keine Opfer forderten. Der Polizeipräfekt ist gestorben. Es verlautet, daß er Selbstmord verübt hat.

Die Erhöhung der Brotpreise.

Amtliche Darlegungen über die Gründe.

Die außerordentliche Steigerung der Brotpreise, die mit dem Beginn dieser Woche eingetreten ist und im einzelnen bis zu 80 Prozent beträgt, hat natürlich ziemliche Erregung bei den betroffenen Kreisen hervorgerufen. Besonders in den volkreichen Städten und in den Industriezentren, wo der großen Masse der Bevölkerung das wichtigste und unentbehrlichste Nahrungsmittel in so starker Weise hochgeschraubt wird, ohne daß sie in der Lage ist, im Augenblick eine Abwehrmaßregel zu treffen, hat die plötzliche Erhöhung niederdrückend gewirkt.

Von amtlicher Seite wird nun eine ausführliche Darlegung veröffentlicht, in der die Gründe für die Notwendigkeit der Preiserhöhung angegeben sind. Im wesentlichen ist die allgemeine Geldentwertung als Ursache zu betrachten. Die Höhe des Brotpreises ist abhängig von dem Preise, zu dem die Reichsgetreidestelle das Getreide an die Kommunalverbände abgibt. Dieser Abgabepreis, der seit Februar eine Änderung nicht erfahren hat (obwohl das Brot seit dieser Zeit teurer wurde) und im Durchschnitt für die verschiedenen Getreidearten 5462 Mark betragen hat, ist jetzt auf 11 000 Mark erhöht (10 800 Mark für Roggen und 11 300 Mark für Weizen). Die Erhöhung hat vorgenommen werden müssen, weil die Preise für das in die öffentliche Hand gelangende Getreide, für inländisches Umlagegetreide und für das aus dem Auslande eingeführte Getreide stark gestiegen sind. Die Preise für das inländische Umlagegetreide betrugen im vergangenen Jahre für Roggen 2100 Mark, für Weizen 2300 Mark; sie sind jetzt erhöht worden auf 6900 Mark für Roggen und 7400 Mark für Weizen. Diese Erhöhung bleibt noch weit zurück hinter den Preisen auf dem freien Markte oder auf dem Weltmarkt. Bei der Festsetzung der Preise für dieses Jahr, im Juli, betrug der freie Marktpreis für inländischen Roggen etwa 13 000 Mark, für Weizen ungefähr 18 000 Mark, und der Dollar stand auf etwa 400. Der Preis für ausländischen Weizen lag noch höher. Mittlerweile sind die Preise noch stark gestiegen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Mischpreis der für Abgaben der Reichsgetreidestelle an die Kommunalverbände errechnet werden muß, eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren mußte. Die Erhöhung, sagt die Veröffentlichung, sei mithin über das notwendige Maß nicht hinausgegangen und die Umlage ermögliche es, den Abgabepreis der Reichsgetreidestelle wenigstens für einen gewissen Zeitraum auf gleicher Höhe zu halten, und damit das Brot den großen Schwankungen der täglichen Marktpreise zu entziehen.

Soweit gut und richtig. Wenn der Getreidepreis sich verdoppelt, muß der Brotpreis nachfolgen. Was aber ebenso richtig ist und in direktem Zusammenhang mit dieser Lebensverteuerung steht, ist der Umstand, daß wohl die Erklärung für die Steigerung gegeben, nicht aber eine Möglichkeit angedeutet wird, wie derjenige Teil der deutschen Bevölkerung, dem sie auferlegt wird, sie tragen soll.

Die Hauptmann-Feier in Schlesien.

m. **Breslau**, 14. August.

Die Hauptmann-Tage trugen natürlich in erster Linie Aufführungen der Stücke des Dichters, des „Florian Geyer" in der Jahrhunderthalle, des „Biberpelz" im Lobe-Theater, des „Fuhrmann Henschel" und des neuen Stückes „Das Opfer" im Stadttheater usw. Dieses letztgenannte Stück hat der Dichter selbst in Szene gesetzt. Das Haus war dicht besetzt. Mit andachtvoller Spannung folgte das Publikum der glänzenden Aufführung. Begeistert wurde der Dichter schon nach dem dritten Akt herausgerufen und nach dem Schlusse der Vorstellung rief nicht endenwollender Beifall Dichter und Darsteller vor die Rampe.

Eine besondere Note empfing das Fest durch die Teilnahme des Reichspräsidenten, der mit den Ministern Bauer, Köster, Gröner, Severing, Boelitz und anderen Würdenträgern in Breslau eingetroffen war. Der Empfang durch die schlesischen Behörden fand im Remter des Rathauses statt. Der Oberbürgermeister von Breslau und die Oberpräsidenten von Nieder- und Oberschlesien begrüßten den Reichspräsidenten.

Präsident Ebert erwiderte in längerer Rede, worin er auf die Bedeutung Hauptmanns für den republikanischen Gedanken hinwies. Das Volk, führte er aus, ist heute selbst Träger seiner Geschicke; das staatliche Leben hat dieselbe Wandlung vollzogen, die der Dichter in seinen hauptsächlichsten Dramen durchgeführt hat; bei ihm, insbesondere in seinen „Webern", ist das Volk nicht der Chor der antiken Tragödie, der die Handlung nur verfolgt und begleitet, bei ihm ist das Volk in seinem Leiden und Sehnen selbst der Mittelpunkt, der Handelnde des Dramas. Wenn heute die Republik und ihre berufenen Führer nach Fühlung zu den geistigen Kräften des Volkslebens suchen, aus dessen keimenden Trieben die Zukunft ersprießen soll, — zu welchen geistigen Betätigungen wohl mehr als denen eines Dichters, der in seinem Sinn gewissermaßen das Volk als Handelnden entdeckt und meisterhaft mit ebenso hoher historischer wie poetischer Wahrheit geschildert hat? Dann wird der neue Staat keine Maschine sein, die im ewigen Gleichlauf nur Regierungsgeschäfte besorgt, sondern ein lebendiger Organismus, dem die geistigkulturellen Güter, dem Kunst und Wissenschaft unveräußerliche Bestandteile seiner lebendigen Kraft sind.

Nach einer Ansprache des Universitätsprofessors Kühnemann kam dann Gerhart Hauptmann selbst zu Worte. Er dankte für die ehrenden Worte, die ihm gewidmet worden seien und die ihn in Einklang setzen mit seiner großen Aufgabe, die ihm aber auch persönlich eine Bestätigung dafür geben müßten, daß er kein unnützes Glied der deutschen Volksgemeinschaft gewesen sei.

Der Reichspräsident und Gerhart Hauptmann traten nach Beendigung des Festaktes in Remter auf die Freitreppe des Rathauses hinaus, wo sie von einer zahlreichen Menge herzlichst begrüßt wurden.

Der Reichspräsident hat der Aufführung des „Florian Geyer" in der Jahrhunderthalle beigewohnt und ist inzwischen von Breslau wieder abgereist, um sich zunächst nach Glatz zu begeben und eine Anzahl industrieller Anlagen zu besichtigen, u. a. das Kraftwerk Mittelstein. Von Glatz fuhr der Reichspräsident in Begleitung des Reichsverkehrsministers nach Schreiberhau. Diese Strecke ist bei dieser Gelegenheit zum ersten Male dem elektrischen Betriebe übergeben worden. In Schreiberhau besichtigte der Reichspräsident die Lungenheilstätte der preußischen Arbeiterpensionskasse. Weiter begab sich der Reichspräsident nach Warmbrunn.

Lord Northcliffe †.

Aus dem Leben des englischen Zeitungskönigs.

Der schon seit längerer Zeit schwer erkrankte Führer der deutschfeindlichen Ententepresse, Alfred William Harmsworth, der seit dem Jahre 1905 den Namen Lord Northcliffe führt, ist in London gestorben. Seine Laufbahn ist eine der glänzendste" gewesen, die man unter den zahlreichen Fällen findet, in denen weltbekannte Männer aus kleinen Anfängen emporgekommen sind.

Er wurde als Abkömmling einer Londoner Buchhändlerfamilie im Jahre 1865 in Irland geboren, ist aber in England aufgewachsen. Schon als Schüler gründete er eine Zeitung, schrieb als Student Artikel für Tageszeitungen und errang mit 22 Jahren durch die Gründung der billigen Wochenschrift „Answers" seinen ersten großen Erfolg. Den wichtigsten Schritt tat er 1896 mit der Gründung des ersten Halfpennyblattes, der „Daily Mail". Sie brachte es in kurzer Zeit zu einer Abnehmerzahl von über einer Million.

Von 1896 ab verging fast kein Jahr ohne eine Harmsworthsche Zeitungsgründung. 1906 kaufte Harmsworth die „Times", deren Auflage er auf über 300 000 brachte. Binnen zehn Jahren war er der mächtigste Mann Englands, der seine unbedingte Macht über seinen Leserkreis, der in die Millionen geht, zu politischen Zwecken skrupellos ausnutzte. 1904 wurde er in den Adelsstand erhoben, 1905 zum Lord Northcliffe und Baron of Thanet ernannt. Nach dem Abschluß der englisch-französischen Entente trat er in engste Verbindung mit dem „Matin". In Rußland kaufte er die „Nowoje Wremja" und gründete eine russische Ausgabe der „Times". In allen diesen Blättern wurde systematisch Deutschenhetze betrieben und Millionen von Lesern in allen Weltstaaten der deutsche Staat als Land der Tyrannei, der Beamtenwillkür, des Militarismus und als Feind der ganzen Kulturmenschheit hingestellt. Dieses Treiben erreichte während des Krieges seinen Höhepunkt. Die Northcliffepresse brachte die scheußlichsten Berichte über angebliche deutsche Kriegsgreuel. Der mächtige Zeitungskönig stürzte Asquith, um Lloyd George ans Ruder zu bringen, und wurde schließlich zum Minister für Propaganda in den feindlichen Ländern ernannt, dessen Tätigkeit darin bestand, das deutsche Staatswesen zu untergraben. 1921 unternahm Northcliffe eine Weltreise nach dem Fernen Osten, überall gegen angebliche „neue deutsche Gefahr" hetzend.

Er ist jetzt nach einer Propagandareise am Rhein, von der er krank zurückkehrte, an Gehirnerweichung gestorben. Als einer der Männer, die Deutschland am meisten geschadet haben, wird er in der Geschichte verzeichnet werden.

Zur Unterstützung der Kleinrentner.

Wohl keinem Stande geht es infolge der Entwertung unseres Geldes so schlecht wie den Rentnern, insbesondere den Kleinrentnern. Die „Goldmark-Rente", mit der sich der Rentner vor dem Kriege zur Ruhe gesetzt hatte und durch die er glaubte, einen sorgenfreien Lebensabend verbringen zu können, hat sich nach und nach in immer minderwertiger werdende Papiermark verwandelt. So mancher, der schon glaubte, ausruhen zu können, ist daher gezwungen worden, so weit seine Kräfte reichen, sich wieder eine Beschäftigung zu suchen. Vielen ist das aber bei ihrem fortgeschrittenen Alter nicht mehr geglückt. Sehr viele sind auch gar nicht mehr dazu in der Lage, und so ist denn vielfach die bittere Not eingezogen in Familien, die früher dem wohlhabenden Bürgerstande angehörten. Ein Mann, der vor dem Kriege 1 Million sicher angelegter Papiere hatte, galt doch gewiß schon als recht wohlhabender Mann. Seine Zinsen, die 40 000 und vielleicht noch etwas mehr Mark im Jahre betrugen, sicherten ihm ein auskömmliches ruhiges Leben. Was hat man dafür heute, besonders wenn noch Familienmitglieder zu erhalten sind? Und nun erst die kleineren Rentner, deren Einkommen geringer war und die damals auch noch mit 20 000 oder 15 000 Mark Zinsen für wohlhabende Leute galten! Die Rentner haben sich nun zu einem Bunde zusammengetan, um ihre Interessen nach den verschiedensten Richtungen hin zu vertreten. Der „Deutsche Rentnerbund" (Sitz Berlin-Friedenau) hat sich an den Reichs-Landbund gewendet mit der Bitte, seinen Mitgliedern bei der Belieferung mit verbilligten Lebensmitteln, insbesondere verbilligten Kartoffeln, behilflich zu sein. Die Zentrale des Reichs-Landbundes ist als solche nicht in der Lage, derartige Vermittlungen selbst zu übernehmen, sie hat, wie schon im vorigen Jahre, etwaige Antragsteller auf den einzig möglichen Weg über die lokalen Landbundorganisationen verwiesen. In gleicher Weise hat die Landbundzentrale auch jetzt dem „Deutschen Rentnerbunde" geantwortet und hat ihm anheimgestellt, sich an die einzelnen für die Zweigvereine in Betracht kommenden Lokalorganisationen zu wenden!

Obwohl heute, nachdem die Regierung die deutsche Landwirtschaft durch Wiederauferlegung der Umlage und damit durch erneute Auferlegung einer gewaltigen Sondersteuer, auf das äußerste verbittert hat, hat der Reichs-Landbund die ihm angeschlossenen Verbände erneut gebeten, doch gerade in diesem Falle den Rentnern und insbesondere den Kleinrentnern, die unschuldig am schwersten unter der Not der Zeit leiden, nach Möglichkeit entgegenkommen und etwaige dahingehende Anträge wohlwollend behandeln zu wollen. G.

Der Legationssekretär als Bücherdieb.

a. **Berlin**, 14. August.

Vor einigen Wochen sind in der Berliner Staatsbibliothek eine Anzahl wertvoller Werke verschwunden. Da diese Werke nicht nach Hause entliehen werden können, beobachtete man zunächst den Lesesaal, in dem die Einsicht in das Material gestattet wurde. Man entdeckte dann bei einem Berliner Antiquar zahlreiche Werke, die zwar einen anderen Einband hatten, die aber zweifelsfrei aus den Beständen der Bibliothek stammten. Die Stempel und Abzeichen waren, was sich leicht feststellen ließ, sorgfältig beseitigt worden. Es gelang, als Verkäufer den angeblichen Legationssekretär Georg de Greif festzustellen, der seit Jahren ständiger Besucher des Lesesaales der Staatsbibliothek war. Der Dieb wurde in Eilenberg bei Kassel auf dem Bahnhof festgehalten und von der Gendarmerie verhaftet. Auf Grund seines Geständnisses wurde ein Aufsichtsbeamter des Lesesaales der Staatsbibliothek unter dem Verdacht der Mittäterschaft festgenommen. Er sitzt noch in Haft, wird aber entlassen werden, weil ihm nur Mangel an Pflichterfüllung vorgeworfen werden kann, da er zu wenig auf den Lesesaalbesucher geachtet hatte. Der Wert der Werke, die fast alle aus dem 17. Jahrhundert stammen, betrug mehr als drei Millionen Mark. Der Staatsbibliothek ist es gelungen, 90 Prozent der Beute wieder bei Berliner Antiquaren zurückzuerlangen.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 15. August.

Jugoslawien hat seine Anleihe erhalten.

DA **Berlin.** Finanzminister Komanudi teilte offiziös mit, daß die erste Rate der amerikanischen 100-Millionen-Dollar-Anleihe eingetroffen ist und die Aktion der Regierung zur Wiederherstellung des Dinarkurses im Auslande beginnt. Die Forderung der Standard Oil Company in der Höhe von 1¼ Millionen Dollar wurde aus dem Anleiheerlös bereits beglichen.

Deutsche Kolonien in Mexiko.

DA **Mexiko.** Die Zahl der deutschen Kolonisten in den Staaten Mexikos hat in letzter Zeit beträchtlich zugenommen. Das mexikanische Landwirtschaftsministerium begrüßt die vermehrte Zuwanderung deutscher Kolonisten lebhaft und gewährt ihnen für ihre Beförderung in das Innere des Landes und ihre Ansiedlung alle erdenklichen Erleichterungen. Die deutschen Kolonisten wählen zur Ansiedlung in erster Linie die fruchtbaren Gebiete im Staate Chiapas.

Unzufriedenheit in Bayern.

München. Es scheint, als ob die Koalitionsparteien dem Grafen Lerchenfeld große Schwierigkeiten machen. Die Reichsregierung ist nicht gewillt und auch gar nicht in der Lage, in neue Verhandlungen einzutreten. Irgendwelche Abänderungen der getroffenen Vereinbarungen sind nicht möglich. Die Fraktionsführer der bayerischen Koalitionsparteien erklärten, nicht für sich allein ihre Zustimmung zu dem, was in Berlin abgemacht worden ist, geben zu können. Da der Landtag zurzeit nicht versammelt ist, werden die Fraktionen der Koalitionsparteien am Donnerstag ihre Entschließungen fassen. Soweit sich gezeigt hat, herrscht keine große Zufriedenheit mit den Abmachungen.

Erster Deutscher Angestelltentag.

Weimar. Der erste Deutsche Angestelltentag des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. D. A.), der über 350 000 Mitglieder zählt, wird am 10. September 1922 im Nationaltheater zu Weimar stattfinden.

Ein neues Überschichtenabkommen?

Bochum. Auf einer Revierkonferenz des freigewerkschaftlichen Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wurde eine Entschließung angenommen, in der auf die schwere Kohlennot in Deutschland hingewiesen und weiter gesagt wird: In Anbetracht dieses Zustandes und in Würdigung der Tatsache, daß der abgeschlossene Manteltarif den Bergarbeitern einige wichtige Rechte garantiert und daß das verabschiedete Arbeitszeitgesetz die Arbeitszeit im Bergbau endgültig regelt, beauftragt die Konferenz den Verbandsvorstand, sofort mit den zuständigen Stellen Verhandlungen einzuleiten, um den aus der Kohlennot drohenden Gefahren zu begegnen. — Wenn auch in dieser Entschließung nicht ausdrücklich davon die Rede ist, so steht doch zu hoffen, daß sich die Bergleute zu einem Überschichtenabkommen bereitfinden werden.

Polnische Bergarbeiter für das Saargebiet?

DA **Saarbrücken.** Die Franzosen sollen seit kurzem in Duisburg eine besondere Agentur eingerichtet haben zwecks Anwerbung von polnischen, bisher in den Ruhrgruben beschäftigten Bergarbeitern für das Saargebiet. Durch die Verpflanzung von Polen in das Saargebiet würde in den durchaus einheimischen und bodenständigen Saarbergbau zum erstenmal ein fremdes Element gebracht.

Kein Rücktritt des österreichischen Kabinetts.

DA **Wien.** Die Gerüchte, daß die österreichische Regierung ein Ultimatum an die Ententemächte gerichtet hätte, in welchem mit dem Rücktritt der Regierung gedroht wird, beruhen nicht auf Wahrheit. Sie sind darauf zurückzuführen, daß in einer streng vertraulichen Sitzung der Abg. Dinghofer eine Resolution beantragt hat, wonach die Regierung die Demission zu nehmen und den Völkerbund zu ersuchen hätte, die Verwaltung Österreichs zu übernehmen. Nach einer bewegten Debatte wurde der Plan aufgegeben.

Versagen der Wiener Devisen-Ordnung.

DA **Wien.** Eine Deputation der Wiener Kaufmannschaft erhob beim Verkehrsminister in der Angelegenheit der neuen Devisenordnung, mit welcher der freie Devisenhandel verboten ist, Einspruch. Es hat sich gezeigt, daß die Situation von Handel und Industrie sich durch die Devisenbewirtschaftung wesentlich verschlechtert und daß im Schleichhandel mehr Devisen als je zirkulieren.

Die Lage in Irland nach Griffiths Tod.

London. Der Tod von Arthur Griffith wird in der Fortführung des Feldzuges der Truppen des Freistaates Irland gegen die Anhänger De Valeras eine Verzögerung herbeiführ-